



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

DIE DEUTSCHE MINDERHEIT

- ANALYSE
Die deutsche Minderheit in Polen 2
Markus Waschinski, Bonn
- TABELLEN UND GRAFIKEN
Die deutsche Minderheit bei den letzten Wahlen 8

- CHRONIK
Vom 15. Januar bis zum 04. Februar 2008 12

Die Herausgeber danken der BSH Bosch und Siemens Hausgeräte GmbH München und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für ihre Unterstützung.

Analyse

Die deutsche Minderheit in Polen

Die politische Repräsentanz der deutschen Minderheit unter besonderer Berücksichtigung der Sejmwahlen vom 21. Oktober 2007 und der Selbstverwaltungsebene in der Woiwodschaft Oppeln

Markus Waschinski, Bonn

Zusammenfassung

Nach der Wende 1989 und den Vereinbarungen vom Runden Tisch, die die Demokratisierung Polens einleiteten, konnte sich Anfang der 1990er Jahre auch die deutsche Minderheit – DMi (Mniejszość Niemiecka – MN) in Kulturvereinen und Verbänden organisieren. In verschiedenen Landesteilen trat sie 1991 mit Listen zu den ersten freien Wahlen zu Sejm und Senat nach dem Krieg an. Sieben deutsche Abgeordnete zogen damals ins Parlament ein. In den darauffolgenden Wahlperioden sank die Stimmenzahl bei Parlamentswahlen kontinuierlich. Dennoch blieb die Unterstützung im Opperler Schlesien, dem Siedlungsschwerpunkt der DMi in Polen, auf einem Niveau, das ihr zwischen 1997 und 2007 stets zwei Sitze im Warschauer Parlament sicherte.

Die vorgezogenen Neuwahlen am 21. Oktober 2007 ergaben jedoch eine neue Situation. Nur noch ein Abgeordneter der Deutschen errang ein Mandat. Die Gründe für die rückläufige Unterstützung sind unterschiedlich: die Arbeitsmigration in den Westen, die Wahl als Referendum für den Machtwechsel in Warschau zu Gunsten der *Bürgerplattform* (*Platforma Obywatelska – PO*), eine ineffektiv geführte Wahlkampagne sowie eine schwache Identifikation mit den (politischen) Organisationsstrukturen der DMi, insbesondere unter jungen Menschen.

Auf der Selbstverwaltungsebene in der Region Oppeln hingegen ist die DMi in allen Körperschaften immer noch etabliert. Im Landtag der Woiwodschaft ist sie bereits seit 1998 in dritter Kadenz als Partner an verschiedenen Regierungskoalitionen beteiligt und bekleidet zurzeit mit dem Vize-Marschall das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden der gewählten Exekutive.

Basisdaten und Organisationsstruktur

Laut der Volkszählung von 2002 leben offiziell knapp 153.000 Deutsche in Polen, davon ca. 106.000 in der Woiwodschaft Oppeln. Der *Verband der Deutschen Gesellschaften in Polen* mit Sitz in Oppeln (VdG), 1990 als Dachorganisation bzw. Zentralrat gegründet, ging damals von bis zu 800.000 Personen landesweit aus, gegenwärtig von knapp 300.000. Auch das Auswärtige Amt nennt diese Zahl, davon ca. 90 % im Opperler Schlesien. Dies überschneidet sich grob mit neueren polnischen wie deutschen wissenschaftlichen Untersuchungen, die von 300.000 bis 500.000 Personen ausgehen. Die Migration von deutsch-polnischen Doppelstaatlern (insgesamt ca. 250.000 – 280.000 im Opperler Schlesien) nach Deutschland und in andere westliche Länder, die aber z.T. noch bei polnischen Meldebehörden geführt werden, macht eine zuverlässige Bestimmung der im Lande lebenden Deutschen grundsätzlich schwierig. Die Zahlen für organisierte Mitglieder, Doppelstaatler und Personen vorrangig deutscher Identität können demnach keinesfalls gleichgesetzt werden.

Der Dachverband VdG führt nach eigenen Angaben landesweit insgesamt ca. 291.000 eingetragene persön-

liche Mitglieder und umfasst insgesamt zehn ständige institutionelle Mitglieder, zumeist sogenannte *Sozialkulturelle Gesellschaften der Deutschen* (SKGD) auf Woiwodschaftsebene. Über die meisten eingetragenen Mitglieder verfügt mit ca. 180.000 der Opperler Landesverband, zu dem 327 Ortsvereine gehören, die sogenannten *Deutschen Freundschaftskreise* (DFK).

Darüber hinaus kooperiert der VdG mit acht assoziierten Mitgliedern sowie sechs selbständigen Einrichtungen im Opperler Schlesien, darunter Berufsverbänden, sowie Organisationen für Wirtschaftsförderung, Bildung, Kultur, Soziales und Jugend. Außerdem existiert ein gutes Dutzend professioneller deutsch- und zweisprachiger Medienredaktionen (Print, Radio, TV) in Oppeln, Ratibor, Kattowitz¹, Allenstein und Danzig. Jenseits des Opperler Landes gibt es noch knapp zwei Dutzend kleinerer Kulturvereine, die nicht dem Dachverband angehören, überwiegend in den übrigen bis 1945 deutschen Gebieten.

¹ Die Radioredaktion wird geleitet von D. Brehmer, Deutsche AG »Versöhnung und Zukunft«.

Politische Repräsentanz in Sejm und Selbstverwaltung

Als politische Kraft präsent ist die DMi in den Gebieten Polens, in denen sie bis heute zusammenhängend siedelt. Letzteres ist fast ausschließlich im Opperland Schlesien der Fall, vor allem im Zentrum und Osten der Woiwodschaft Opperland / Opole, daneben teilweise noch in den daran angrenzenden südlichen und westlichen Kreisen der Woiwodschaft Schlesien / Śląsk [das frühere deutsche Oberschlesien – d.Red.]. In 26 Gemeinden von insgesamt 71 im Opperland sowie einer weiteren in der Woiwodschaft Schlesien stellt die Minderheit mehr als 20 % der Bevölkerung. Relevant ist diese Schwelle vor allem in Bezug auf das 2005 verabschiedete Minderheitengesetz, das unter dieser Voraussetzung die Einführung der Minderheitensprache als Zweitsprache in Ämtern sowie zweisprachige Ortsbeschilderung gestattet.

Vor allem auf der Selbstverwaltungsebene der Region Opperland, d.h. im Landtag der Woiwodschaft bis hinunter in die Kreis- und Gemeinderäte, gibt es insgesamt 365 gewählte politische Vertreter der Minderheit, nicht selten in Exekutivfunktion als Landrat oder Bürgermeister. Im Opperland Landtag hat die DMi zurzeit sieben von 30 Sitzen inne und ist in der dritten Wahlperiode hintereinander an wechselnden Regierungskoalitionen beteiligt. Im Warschauer Parlament gibt es seit den letzten Wahlen 2007 nur noch einen Abgeordneten der deutschen Minderheit.

Ergebnisse bei Parlamentswahlen seit 1991

Bei den ersten freien Wahlen zum polnischen Parlament 1991 votierten landesweit ca. 132.000 Personen (1,18 %) für Listen der deutschen Minderheit, davon 74.000 im Opperland Schlesien. Insgesamt sieben Abgeordnete der DMi aus den Stimmbezirken Opperland (4), Kattowitz (1), Gleiwitz (1) und Tschenstochau (1) saßen in einem völlig zersplitterten Sejm mit über zwei Dutzend Parteien und Wählerverbindungen. Seit den vorgezogenen Wahlen 1993 sieht die Wahlordnung eine Prozenzhürde von 5 % bzw. 8 % für Listenverbindungen vor, von der Minderheitenlisten allerdings ausgenommen sind. In den Kadenzen 1991 und 1993 verfügte die DMi zudem über jeweils ein Mandat im Senat, der zweiten polnischen Kammer.

Seit 1991 ist die Wahlunterstützung für die DMi konstant rückläufig. Während 1993 und 1997 noch fünf bzw. sechs deutsche Wahllisten verteilt über die Regionen Opperland, Kattowitz, Tschenstochau, Elbing und Allenstein antraten, beschränken sich die Aktivitäten 2001 und 2005 nur noch auf die Woiwodschaften Opperland und Schlesien.

2001 traten in den westlichen Stimmbezirken der Woiwodschaft Schlesien, Rybnik und Gleiwitz, zwei separate Listen der DMi an.

In Gleiwitz handelte es sich dabei um eine Liste unter Führung von Dietmar Brehmer, der 1990 zu den Mitbegründern des Zentralrates der Deutschen in Polen gehört hatte. Wegen inhaltlicher Differenzen ging Brehmer seit 1991 aber mit der Deutschen Arbeitsgemeinschaft »Versöhnung und Zukunft« in Kattowitz eigene Wege. Mit dem »Wahlkomitee der Wähler Deutsche Minderheit Oberschlesiens« (Liste 15) hob er sich von dem VdG-nahen »Wahlkomitee der Wähler Deutsche Minderheit« (Liste 11) ab, das in Opperland und Gleiwitz antrat.

In der Woiwodschaft Schlesien blieb sowohl Brehmers Liste als auch die des VdG-nahen DFK mit jeweils unter 0,5 % Stimmenanteil auf Woiwodschaftsebene bedeutungslos.

Im Stimmbezirk Opperland wurde die Liste 11 der DMi, angeführt durch den Abgeordneten Henryk Kroll, mit 13,6 % (ca. 42.000 Stimmen) 2001 zweitstärkste Kraft hinter dem Linksbündnis *SLD-UP (Sojusz Lewicy Demokratycznej – Demokratische Linksalianz, Unia Pracy – Arbeitsunion)* mit 38,8 %. Neben Kroll zog Helmut Paździor für die Opperland Deutschen in den Sejm ein.

Außerhalb der Woiwodschaft Opperland traten 2005 keine Wahlkomitees der DMi mehr zu Sejmwahlen an. In den drei Kadenzen zwischen 1997 und 2007 stellte diese, trotz Verlusten, stets zwei Vertreter im polnischen Parlament. Zwischen 1991 und 2007 vertrat ununterbrochen Henryk Kroll die DMi in Warschau. Mit Ryszard Galla errang 2005 ein anderer Politiker die meisten Stimmen aller deutschen Kandidaten. Gallas politische Laufbahn begann 1990 in der Selbstverwaltung auf Gemeindeebene. In der Woiwodschaft Opperland bekleidete er zwischen 2002 und 2005 den Posten des Marschalls und Vize-Marschalls, d.h. des (stellvertretenden) Vorsitzenden des Landtags.

Mit 8,8 % auf Woiwodschaftsebene und ca. 32.000 Stimmen entfielen absolut erneut über 2.000 Stimmen weniger auf das Wahlkomitee der Opperland Deutschen als noch zwei Jahre zuvor. Vor dem Hintergrund der im Vergleich zu 2005 um 12 % gestiegenen Wahlbeteiligung in der Woiwodschaft (2005: 33,5 %; 2007: 45,5 %), schlug sich das Ergebnis – erstmals seit zehn Jahren – in dem Verlust eines von bislang zwei Mandaten nieder. Nach ersten Schätzungen im Anschluss an die Wahlen vom 21. Oktober 2007 fehlten der DMi für den Erhalt des zweiten Mandats weit über 10.000 Stimmen.

Sowohl seitens der Opperland Medien als auch in den Strukturen der DMi wurde dieses Ergebnis als Wahlniederlage gewertet. Bei den Ursachen für diese, seit der ersten Kadenz 1991 anhaltende Entwicklung dürfte es sich um ein Zusammenwirken unterschiedlicher Faktoren handeln: Demographische Entwicklungen innerhalb der Minderheit sowie in der gesamten Region, man-

gelnde Mobilisierung potentieller Wähler im Wahlkampf, nachlassende Bindung an die (politischen) Strukturen der DMi, vor allem bei jüngeren Menschen.

Ursachen des Wahlausgangs 2007 *Nationales Referendum zugunsten der Bürgerplattform*

Sowohl innerhalb der EU als auch in den bilateralen deutsch-polnischen Beziehungen zeigte sich die von der Partei *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość* – *PiS*) dominierte national-konservative Regierung in Warschau zwischen 2005 und 2007 als kritischer Partner. Brisante Themen wie z.B. die deutsch-russische Gas-Pipeline durch die Ostsee oder das Projekt eines »Zentrums gegen Vertreibungen« in Berlin sorgten neben Banalitäten wie der »Kartoffel-Affäre« nach einer Kaczyński-Satire der Berliner *taz* für einen Tiefstand in den bilateralen Beziehungen seit der Wende von 1989.

Auch die DMi in Polen sah sich im Spätsommer 2006 involviert, als der Koalitionspartner der *PiS*, die *Liga der Polnischen Familien* (*Liga Polskich Rodzin* – *LPR*), das Wahlprivileg für nationale Minderheiten in Frage stellte. Diese sind laut Wahlgesetz von der landesweiten 5%-Hürde ausgenommen und haben so die Chance, bei entsprechender Unterstützung auf Woiwodschaftebene Vertreter ins Parlament zu entsenden.

Den Verlust eines der beiden Mandate in Warschau führen offizielle Vertreter der DMi u.a. darauf zurück, dass ein Teil des Wählerpotentials im Oppelner Land für die Bürgerplattform von Donald Tusk gestimmt habe, um das Votum gegen die national-konservative Regierung unter Jarosław Kaczyński zu unterstützen.

Die Liste der DMi verlor im Vergleich zu 2005 über 4 %, während die beiden großen Parteien *PO* und *PiS* ihre Wähler in der Woiwodschaft stärker als 2005 mobilisieren konnten. Beide Parteien hatten den Urnengang im Wahlkampf zu einem landesweiten Referendum über die Zukunft Polens stilisiert.

Der Wahlsieg der *PO* fiel in der Woiwodschaft Oppeln sehr deutlich aus, wo sie das Ergebnis von 2005 (24,2 %) fast verdoppeln konnte (46,6 %) und damit mehr als doppelt soviel Stimmen erhielt wie die *PiS* (22,9 %). Den Platz als drittstärkste Kraft in der Woiwodschaft musste die Liste der DMi (2005: 12,9 %; 2007: 8,8 %) an das Linksbündnis *LiD* (*Lewica i Demokraci*) abtreten (11,2 %). (siehe Grafik 2 auf S. 10)

Für die Vermutung, dass das Wählerverhalten sich auch im Oppelner Land vorrangig an einer Entscheidung zwischen den beiden großen Parteien orientierte, spricht u.a. der Wahlausgang in den bisherigen Stimmenhochburgen der DMi, vor allem den Kreisen Oppeln/Opole (Land), Krappitz/Krapkowice und Groß Strehlitz/Strzelce Opolskie. War man 2005 in

diesen Gebieten stärkste Kraft vor der *PO* und *PiS*, fiel die DMi 2007 jeweils auf Platz 2 hinter die *PO* zurück. Vom Anstieg der Wahlbeteiligung um bis zu 12 % profitierte überproportional die *PO*, daneben die *PiS*; die DMi dagegen verlor in zwei der drei Stammkreise auch absolut an Stimmen.

Begleitet wurde dies von einem Kuriosum zugunsten eines Krappitzer *PO*-Kandidaten mit Namen Łukasz Tusk. Dieser scheint seinen kometenhaften Sprung ins Warschauer Parlament der Namensgleichheit mit dem aktuellen polnischen Ministerpräsidenten, Donald Tusk, zu verdanken. Fast 21.000 von insgesamt über 170.000 Stimmen für die *PO* (zum Vergleich Liste DMi: 32.462) entfielen in der Woiwodschaft auf den 22-Jährigen, der von einem hinteren Listenplatz seiner Partei gestartet war. Damit erhielt der Oppelner Tusk die drittmeisten Stimmen von 189 Oppelner Listenkandidaten aller Parteien. Zum Vergleich die beiden meistgewählten Kandidaten der DMi: Ryszard Galla: 8.193, Henryk Kroll: 7.897.

Demographische Entwicklungen in der Region

Ein weiterer Grund für die rückläufige Wahlunterstützung der DMi ist die Überalterung der Stammwählerschaft, des sogenannten »eisernen Elektorats«. Noch vor 1945, zur deutschen Zeit geboren und aufgewachsen, war diese Generation Schlesier in den ehemals deutschen Gebieten nach dem Krieg nicht selten Repressionen und systematischen Assimilierungsbestrebungen seitens der kommunistischen Machthaber ausgesetzt. Unter dem Eindruck nationalsozialistischer Verbrechen sollte in der historisch multikulturell geprägten Region alles Deutsche, insbesondere die Sprache, aus dem öffentlichen und privaten Leben verschwinden. Bei einem Teil der so genannten Autochthonen in Oberschlesien scheint dies einer kulturellen Identifikation als Deutsche (153.000 laut Volkszählung 2002) keinen Abbruch getan zu haben. Bei einem noch größeren Teil ist das regional geprägte Selbstverständnis als Schlesier (ca. 173.000) anzutreffen.²

Hinzu kommen die aktuellen Folgen einer verdeckten Arbeitsmigration aus der Region, die insbesondere Doppelstaatler (insgesamt knapp 280.000) betrifft, die im Besitz der polnischen und deutschen Staatsangehörigkeit sind. Laut einer Untersuchung, die das Arbeitsamt der Woiwodschaft Oppeln 2007 in Auftrag gab, sind ca. 330.000 Autochthone in der Woiwodschaft gemeldet, ein knappes Drittel der Gesamtbevölkerung (1.018.000 Einw.). Darunter sind ca. 80.000 Personen (24 %), die ihren Lebensmittelpunkt ganz oder teilweise im Ausland haben. Bei den Erwerbstätigen im Alter von 26 bis 65 Jahren liegt der Anteil derer, die

² Ca. 770.000 Personen landesweit machten gar keine Angabe zur Nationalität.

ausschließlich im Ausland arbeiten, zwischen 20 und 45 %, je nach Altersgruppe und Geschlecht. Zumindest teilweise im Ausland beschäftigt sind zusätzlich ca. zwischen 8 und 13 % aller Autochthonen. Die Tendenz ist weiter steigend. Somit ist ein Teil des Wählerpotentials aller Parteien und wohl besonders der DMi schlicht abwesend.

Darüber hinaus erklärt die verdeckte Migration teilweise auch die im Landesvergleich statistisch grundsätzlich niedrigste Wahlbeteiligung in der Woiwodschaft (siehe Tabelle 1 auf S. 9). Hier gibt es zudem ein Gefälle in Richtung der Siedlungsschwerpunkte der autochthonen und deutschstämmigen Bevölkerung im Zentrum und Osten der Woiwodschaft (Rosenberg / Oleśno, Opatów / Opole (Land), Groß Strehlitz / Strzelce Opolskie, Krappitz / Krapkowice). Dort liegt die Wahlbeteiligung noch mal niedriger als in den übrigen Kreisen im Westen, Norden und Süden, in denen die Minderheit unbedeutend ist (siehe Tabelle 2 auf S. 9).

Debatten über Führungswechsel

Regelmäßig nach Wahlen regt sich innerhalb der Minderheit eine mehr oder weniger öffentlich geführte Diskussion über Personal und Strukturen.

Diese betrifft aktuell u.a. einen Führungswechsel im größten Landesverband, der Sozial-kulturellen Gesellschaft der Deutschen, im Opatów Schlesien. Dieser steht seit 1991 Henryk Kroll vor, der von 1991 bis 2007 Abgeordneter im Sejm war und im Februar 2005 auch zum Vorsitzenden des Dachverbandes VdG gewählt wurde.

Nach einer ungeschriebenen Regel gilt derjenige Abgeordnete als designiert für den Bezirksvorsitz Opatów, der die meisten Stimmen bei Parlamentswahlen erhält. Diese Voraussetzung erfüllte bereits 2005 Ryszard Galla. An der Basis, aber auch unter gestandenen Funktionären wurden damals Stimmen laut, es sei nun Zeit für einen Wechsel. Nachdem Kroll bei den darauffolgenden Vorstandswahlen des Bezirkes 2006 aber noch einmal als Vorsitzender bestätigt wurde, hat er – laut Medien – angesichts seines Mandatsverlust in Warschau im Oktober 2007 nun angekündigt, sein Amt im Frühjahr 2008 endgültig niederzulegen. Symbolisch gab er den Beratungsvorsitz im Vorstand bereits an Ryszard Galla ab.

Die Neuordnungsdiskussion geht allerdings weit über einen bloßen Wechsel an der Spitze des Landesverbandes hinaus. In der Minderheitenzeitung Schlesiensches Wochenblatt (SW) in Opatów gab es im Anschluss an die Wahlen 2007 eine öffentlich geführte Debatte über Ursachen und Konsequenzen. Unter dem Aufmacher »Schlecht geführte Wahlkampagne« (SW, Nr. 44/07) beleuchteten Kreisvorstände des Opatówer Verbandes ihre eigenen Aktivitäten in den Wahlhochburgen kritisch. An anderer Stelle (SW, Nr. 48/07) moniert der

ehemalige Vize-Woiwode aus Reihen der DMi, Ryszard Stankala, das Fehlen einer Analyse vergangener Wahlkämpfe. Auch die Migration könne nicht alleine erklären, weshalb nur 34.000 (2005) Wähler, davon ohnehin mehrere tausend Angehörige der polnischen Mehrheit, für die DMi gestimmt hätten. Vielmehr sei zu vermuten, dass die Vermischung von Kultur und Politik die Entwicklung negativ beeinflusse. Der politische Aspekt, so Stankala, schiebe Kultur- und Bildungsziele ins Abseits, was den Bedürfnissen an der Basis der DMi zuwiderlaufe.

Auch Bruno Kosak, Vorstandsmitglied im Landesverband Opatów und Fraktionsmitglied der DMi im Sejmik (Landtag), räumt ein, dass die SKGD in Zeiten des Wahlkampfes mehr an eine politische Partei erinnere als an eine Organisation, die satzungsgemäß vorrangig Kultur und Bildung zum Ziel habe.

Der Sejm-Abgeordnete Galla, aussichtsreichster Kandidat für die Nachfolge Krolls als Leiter des Landesverbandes Opatów, hält eine vollständige Trennung der beiden Bereiche zwar für unrealistisch (SW, Nr. 49/07), begrüßt aber die interne Neuordnungsdiskussion. Während eine formale Parteigründung eher unwahrscheinlich sei, werde voraussichtlich ein Politischer Rat entstehen. Dieser solle künftig mehr Mitglieder der Basis mit einbeziehen. Grundsätzlich spricht sich Galla für eine »konsiliarische Führung« des Landesverbandes aus.

Hypothese – Bedeutung der ethnischen Zugehörigkeit für Wahlverhalten nimmt ab

In den 71 Gemeinden der Woiwodschaft Opatów gibt es mehr als 20 Bürgermeister und Gemeindevorsteher der deutschen Minderheit. Diese scheinen somit in einigen Fällen auch die Unterstützung der polnischen Mehrheitsbevölkerung zu haben.

Andererseits dürfte die Stärke in vielen Kommunen und Kreisen auch darauf zurückzuführen sein, dass die DMi durch ihre Strukturen über ein recht dichtes Netzwerk zur Wählermobilisierung verfügt. Da die Wahlbeteiligung auch bei Selbstverwaltungswahlen im Opatówer Land zuletzt niedrig war (2006: 1. Wahlgang: 39 %, 2. Wahlgang: 33 %), ist dies ein strategischer Vorteil, der das gute Abschneiden deutscher Selbstverwaltungspolitikern darüber hinaus erklären könnte.

Auch bei den letzten Sejmwahlen im Oktober 2007 hätten populäre deutschstämmige Lokalpolitiker polnische Wählerstimmen gebunden, so die Opatówer Soziologin Danuta Berlińska in der Wochenzeitung Polityka (Nr. 47, 24.11.07). Laut Umfragen am Wahltag gaben mindestens 6.000 Wähler aus der Mehrheitsbevölkerung ihre Stimme für das Wahlkomitee der DMi ab – eine These, die offizielle Vertreter der Minderheit nicht für abwegig halten.

Dass hingegen viele deutschstämmige und autochthone Wähler bei der um 10 % gestiegenen Wahlbeteiligung in der Woiwodschaft ihre Stimme vor allem anderen Parteien gaben, wurde bereits erwähnt. Laut der erwähnten Umfrage sind statistisch nur 13 % der Wähler der DMi unter 30 Jahre gewesen. Neben der Migration ist dies auch darauf zurückzuführen, dass vor allem die junge Generation mit dem Selbstbild der kulturell »geschliffenen Festung« der Großelterngeneration zu volkspolnischer Zeit nicht mehr viel anfangen kann.

Somit liegen zumindest einige Indizien dafür vor, dass individuelle ethnisch-kulturelle Bindungen für das Wahlverhalten an Bedeutung verlieren – in beide Richtungen.

Regierungsarbeit auf Woiwodschaftsebene – allgemeine Aufgaben und Probleme

Die stete Verschlechterung der bilateralen deutsch-polnischen Beziehungen seit Regierungsübernahme der *PiS* in Warschau zwischen Herbst 2005 und Herbst 2007 ist nach Aussagen von Repräsentanten der DMi bis in die Selbstverwaltung spürbar gewesen. Im Landtag ist die DMi bereits seit 1998 in verschiedenen Koalitionen an der gewählten Regierung beteiligt, seit 2006 mit der *PO* sowie der *Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL)*, davor mit dem Linksbündnis *SLD-UP*. Seit 2005 sah das Marschallamt sich dann einem Woiwoden der *PiS* gegenüber. Über den Wahlsieg der *PO* bei den Sejmwahlen im vergangenen Oktober 2007 zeigte man sich erleichtert, nicht zuletzt im Hinblick auf eine erwartete Verbesserung der Beziehungen zwischen Warschau und Berlin.

In der Regierungskoalition im Sejmik (*PO*, DMi, *PSL*) genießt die wirtschaftliche Entwicklung der Region Priorität. Neben verschiedenen Projekten und Initiativen zur Regionalentwicklung soll vor allem die Nutzung von EU-Strukturfonds noch verbessert werden. Mit dem Programm »Opolskie – tutaj zostaję« / »Oppeln – hier bleibe ich« versucht die Woiwodschaftsregierung zudem, der anhaltenden Migration aus der Region beizukommen und Rückkehrwilligen Anreize zu bieten. Denn neben einem Mangel an Großinvestitionen stellt insbesondere die Abwanderung junger, hochqualifizierter Menschen ein großes Problem dar. Seit dem Beitritt Polens zur EU beschränkt sich dieses Phänomen zudem nicht nur auf Doppelstaatler.

Zwecks Imagegewinn bei potentiellen ausländischen Investoren und im Tourismus geht die Woiwodschaftsregierung moderne Wege. So wird in der Entwicklungsstrategie des Marschallamtes – neben allgemeinen Zielen, wie der Verbesserung der Lebensbedingungen, Modernisierung der regionalen Infrastruktur etc. – mit der Entwicklung der multikulturellen Identität der Region geworben.

Spezifisches Thema der DMi in der Region ist neben dem Bereich Bildungswesen (z.B. Ausbau des zweisprachigen Schulunterrichts) vor allem auch die Umsetzung des Minderheitengesetzes in den Gemeinden. Dieses konnte noch vor den Sejmwahlen 2005 mit den Stimmen der damaligen Linksregierung unter Premier Marek Belka sowie der *PO* nach mehr als einem Jahrzehnt Lobbyarbeit aller Minderheiten in Polen verabschiedet werden. Für Gemeinden mit mehr als 20 % Minderheitenanteil gestattet das Gesetz die Einführung der jeweiligen Minderheitensprache als Zweitsprache in Behörden sowie zweisprachige Ortsbeschilderungen.

In einem Beitrag zu diesem Thema in der liberal-konservativen überregionalen Tageszeitung *Rzeczpospolita* (18.07.2007) wertete der damalige Abgeordnete Henryk Kroll die Einführung des Gesetzes als »Durchbruch«, die Aufstellung zweisprachiger Ortschilder werde jedoch zusätzlich zuvor mit allen Bewohnern einer Gemeinde beraten.

Tomasz Banaszewski, Oppelner Mitglied der *LPR*, sah darin den ersten Schritt »einer breiteren Aktion zur Germanisierung« der Region und hielt der DMi Manipulationen bei den Beratungen mit den Einwohnern vor. Kroll wiederum sah die Konsultationen durch *LPR*-Mitglieder mutwillig torpediert.

Der historisch konnotierten Brisanz des Themas scheinen sich im Oppelner Land auch die zahlreichen aus der Minderheit stammenden Bürgermeister und Gemeindevorsteher bewusst zu sein. Erst in wenigen Gemeinden (darunter Radłów/Radlau, Kreis Olesno/Rosenberg) von insgesamt 26, in denen die Minderheit in Oberschlesien mindestens 20 % Prozent der Bevölkerung stellt, wurden die Formalitäten mit dem Warschauer Innenministerium und die Beratungen mit den Anwohnern bereits abgeschlossen. Ortsnamen, die von den Nationalsozialisten ab 1933 eingeführt wurden, kommen dafür verständlicherweise grundsätzlich nicht in Frage. Zahlreiche Ortschaften, deren Namen den Nazis z.B. zu slawisch klangen, waren umbenannt worden. Anschaulich wird diese Einschränkung angesichts so prominenter Beispiele wie dem Dorf Szczedrzyk (pln.) im Landkreis Oppeln. Bis 1934 lautete der deutsche Ortsname Scedrzik, danach Hitlersee.

Deutsch als Hilfssprache auf Ämtern ist dagegen schon in 16 Gemeinden der Woiwodschaft Oppeln eingeführt. Auch andere Minderheiten machen von der Möglichkeit Gebrauch, z.B. in Puńsk (Litauisch), in Hajnówka (Weißrussisch), beide in der Woiwodschaft Podlachien, in Sierakowice und Parchowo (Kaschubisch), beide in der Woiwodschaft Pommern. (Stand 3.12.2007)

Ausblick

Um in Warschau Lobbyarbeit für Minderheitenbelange trotz rückläufiger Wahlunterstützung zu gewährleisten,

ist es nicht ausgeschlossen, dass deutschstämmige Politiker sich bei landesweiten Wahlen künftig in den großen polnischen Parteien engagieren. Bei anderen Minderheiten ist dies bereits der Fall, z.B. bei der weißrussischen Minderheit in der östlichen Woiwodschaft Podlachien.

Als ethnische, regionale Gruppierung entzieht sich die DMi bislang einer klaren ideologischen Festlegung innerhalb des politischen Parteienspektrums des Oppelner Sejmiik.

Dass dieser Umstand sie bisher für unterschiedliche politische Partner von konservativ bis mitte-links attraktiv machte, zeigt die Regierungsbeteiligung in verschiedenen Koalitionen im Sejmiik seit 1998. Auf Gemeindeebene spielen die Namen der großen Parteien ohnehin keine dominante Rolle. Diese nehmen hier häufig lokale Bürgerkomitees ein.

Gelingt es den Minderheitenpolitikern, die wirtschaftliche und infrastrukturelle Entwicklung in Kreisen und Gemeinden der kleinsten Woiwodschaft Polens entscheidend mitzugestalten und dies in der Wahrnehmung der Gesamtbevölkerung auch mit dem eigenen Wirken zu verbinden, ist ihnen in den Selbstverwaltungen auch künftig eine führende Rolle zuzutrauen. Entgegen kommt der DMi bislang zudem, dass sie sich von Korruptionsaffären fern halten konnte, wie sie etwa die Oppelner SLD 2002 erschütterten.

Die Wahlsiege der PO bei den Selbstverwaltungswahlen 2006 wie auch bei den Sejmiikwahlen 2007 in der Woiwodschaft zeigen, dass eine Mehrheit der polnischen Wähler in der Region nicht für die Geschichtspolitik national-konservativer Parteien empfänglich ist. Ein offener und vor allem sensibler Umgang mit historischen Traumata auf allen Seiten – gerade auch im Oppelner Schlesien – ist nichts desto trotz weiterhin hoch aktuell.

Über politische Mitverantwortung der DMi in der Region hinaus bedeutet dies aber auch die Chance oder gar Notwendigkeit, gemeinnütziges Wirken im zivilgesellschaftlichen Bereich sichtbar zu machen. Von der Wirtschaftsförderung (Stiftung für die Entwicklung Schlesiens) über Jugend- und Erwachsenenbildung (jugendforum młodych) bis hin zur politischen Bildung (Haus der Deutsch-Polnischen Zusammenarbeit) gibt es für dieses Engagement genügend Beispiele. Veranstaltungen wie ein Tag der Offenen Tür im September 2007 in Oppeln, an dem Institutionen der Minderheit Einblicke in ihre Räumlichkeiten gewährten und der interessierten Öffentlichkeit Auskunft über ihre Aktivitäten gaben, können dazu dienen, der herrschenden Normalität im Oppelner Schlesien ein noch deutlicheres Gesicht zu verleihen.

Über den Autor:

Markus Waschinski M.A., geb. 1968, Slawist und Politologe, war zwischen 2003 und 2007 für das Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) e.V., eine Kulturmittlerorganisation des Auswärtigen Amtes, als Medienkoordinator im Bereich Integration Deutscher Minderheiten in Polen tätig. Zurzeit arbeitet er als freier Publizist und interkultureller Berater.

Deutschsprachige Links:

- Portal der Deutschen Minderheiten in der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) <http://www.fuen.org/agdm/land/pl.html>
- Dachverband der Deutschen Gesellschaften in Polen <http://www.vdg.pl/de/index.php> (Strukturen der DMi, Links zu Mitgliedern etc.)
- Haus für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit <http://www.haus.pl/de/index.html> (Veranstaltungen / Projekte zur politische Bildung, Fachliteratur etc.)
- Schlesisches Wochenblatt <http://www.wochenblatt.pl/> (größte Zeitung der DMi in Polen)
- Marschallamt der Woiwodschaft Oppeln <http://umwo.opole.pl/niem/>

Polnischsprachige Links:

- Nowa Trybuna Opolska – NTO <http://www.nto.pl/apps/pbcs.dll/frontpage> (Lokalzeitung, über Archivfunktion u.a. Nachrichten zu Wahlen)
- Staatliche Wahlkommission <http://www.pkw.gov.pl/> (u.a. Statistiken, Grafiken zu Wahlen in Polen)
- Bericht Volkszählung Polen 2002 http://www.stat.gov.pl/cps/rde/xbcr/gus/PUBL_raport_z_wynikow_nsp_ludnosci_i_mieszkan_2002.pdf Erhebungen u.a. zu Nationalitäten, Staatsangehörigkeiten, Sprachen uvm.

Tabelle 1: Wahlfrequenz nach Woiwodschaften (2007)

Woiwodschaften	%
Masowien	60,51
Pommern	57,53
Kleinpolen	56,05
Großpolen	55,11
Schlesien	54,91
Lodz	53,98
Niederschlesien	53,58
Westpommern	51,86
Untere Karpaten	50,81
Kujawien-Pommern	50,65
Lebus	50,35
Lublin	50,00
Podlachien	49,50
Ermland-Masuren	48,00
Heiligkreuz	47,45
Oppeln	45,53
Landesweit	53,88

Quelle: Państwowa Komisja Wyborcza [Staatliche Wahlkommission], www.pkw.gov.pl

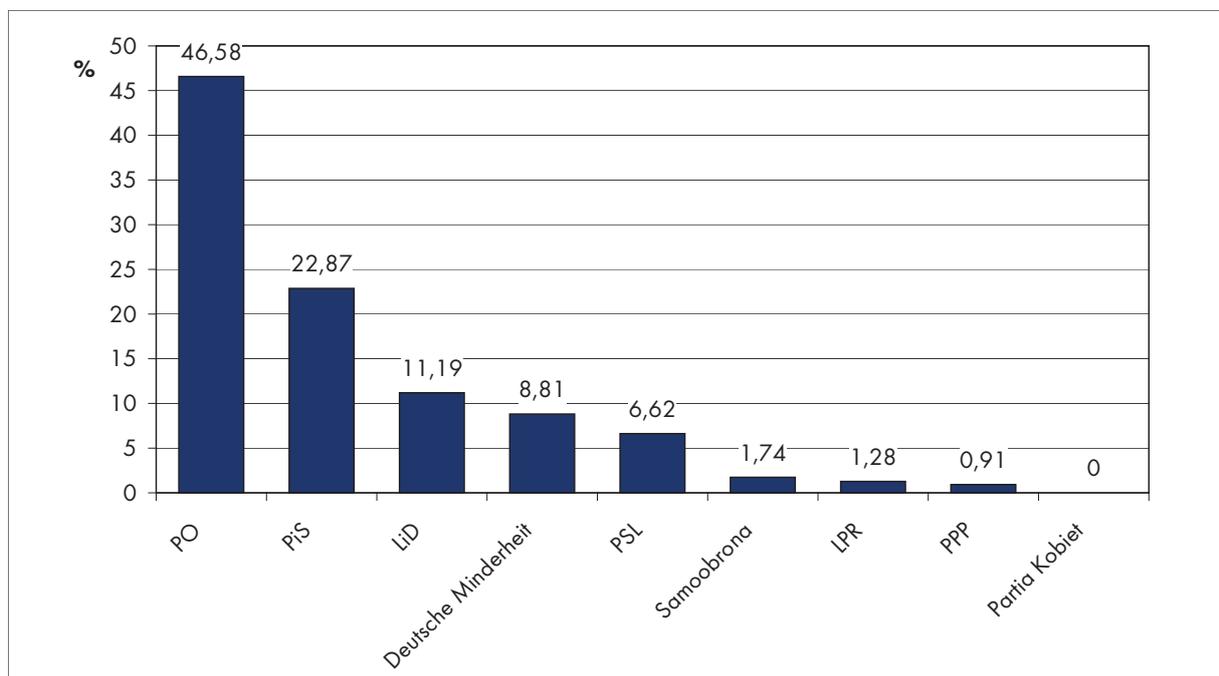
Tabelle 2: Wahlfrequenz nach Kreisen der Woiwodschaft Oppeln 2007

Kreis	%
Stadt Oppeln/Opole	61,76
Brieg/Brzeg	48,86
Namslau/Namysłów	48,10
Kandrzin-Cosel/Kędzierzyn-Koźle	46,37
Neisse/Nysa	46,28
Leobschütz/Głubczyce	42,98
Neustadt/Prudnik	42,98
Kreuzburg/Kluczbork	42,92
Rosenberg/Olesno	39,87
Oppeln Land/Opole powiat	39,78
Gr. Strehlitz/Strzelce Opolskie	39,07
Krappitz/Krapkowice	38,55
Woiwodschaft Oppeln gesamt	45,53

 = Hochburgen der deutschen Minderheit

Quelle: Państwowa Komisja Wyborcza [Staatliche Wahlkommission], www.pkw.gov.pl

Grafik 2: Die Wahlergebnisse in der Woiwodschaft Oppeln (2007) in %



Legende: siehe ausführliche Legende nach den folgenden Tabellen auf S. 11

Partia Kobiet – Frauenpartei

Tabellen: Verluste der deutschen Minderheit in drei Kreishochburgen 2007 gegenüber 2005
Ergebnisse der Wahlkomitees (%)

Kreis Oppeln Land – 2005

Ruch Patriotyczny	1,32
Polska Partia Pracy	0,50
LPR	4,96
Partia Demokratyczna – demokracy.pl	2,18
SDPL	2,08
PiS	14,88
SLD	6,36
PO	24,13
Polska Partia Narodowa	0,30
PSL	2,59
KW Platforma Janusza Kor- win-Mikke	1,68
Samoobrona	7,17
KW Narodowego Odrodzenia Polski	0,19
KW Wyborców »Mniejszość Niemiecka«	31,66

Kreis Oppeln Land – 2007

Polska Partia Pracy	0,73
LPR	1,18
PiS	15,08
PO	47,17
PSL	4,74
Samoobrona	1,16
KM Wyborców »Mniej- szość Niemiecka«	22,21
KKM Lewica i Demokraci	7,73

Kreis Krappitz – 2005

Ruch Patriotyczny	1,04
Polska Partia Pracy	0,45
LPR	4,92
Partia Demokratyczna – demokracy.pl	2,66
SDPL	2,58
PiS	14,76
SLD	6,49
PO	23,20
Polska Partia Narodowa	0,30
PSL	0,78
KW Platforma Janusza Kor- win-Mikke	1,45
Samoobrona	5,49
KW Narodowego Odrodze- nia Polski	0,10
KW Wyborców »Mniej- szość Niemiecka«	35,77

Kreis Krappitz – 2007

Polska Partia Pracy	0,92
LPR	1,19
PiS	13,53
PO	50,99
PSL	2,55
Samoobrona	0,78
KW Wyborców »Mniejszość Niemiecka«	22,62
KKW Lewica i Demokraci	7,43

Kreis Groß Strehlitz – 2005

Ruch Patriotyczny	1,00
Polska Partia Pracy	0,75
LPR	5,00
Partia Demokratyczna – demokracy.pl	2,15
SDPL	2,18
PiS	14,51
SLD	7,87
PO	17,85
Polska Partia Narodowa	0,20
PSL	1,60
KW Platforma Janusza Kor- win-Mikke	1,21
Samoobrona	7,10
KW Narodowego Odrodze- nia Polski	0,21
KW Wyborców »Mniej- szość Niemiecka«	38,38

Kreis Groß Strehlitz – 2007

Polska Partia Pracy	0,79
LPR	1,10
PiS	17,17
PO	45,11
PSL	3,26
Samoobrona	1,10
KW Wyborców »Mniejszość Niemiecka«	22,78
KKW Lewica i Demokraci	8,69

Quelle: Państwowa Komisja Wyborcza [Staatliche Wahlkommission], www.pkw.pl

Legende

Ruch Patriotyczny – Patriotische Bewegung; Polska Partia Pracy – Polnische Arbeitspartei; LPR / Liga Polskich Rodzin – Liga der Polnischen Familien; Partia Demokratyczna – demokracy.pl – Demokratische Partei – Die Demokraten.pl; SDPL / Socjaldemokracja Polska – Polnische Sozialdemokratie; PiS / Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit; SLD / Sojusz Lewicy Demokratycznej – Demokratische Linksallianz; PO / Platforma Obywatelska – Bürgerplattform; Polska Partia Narodowa – Polnische Nationale Partei; PSL / Polskie Stronnictwo Ludowe – Polnische Bauernpartei; Platforma Janusza Korwin-Mikke – Plattform Janusz Korwin-Mikke; Samoobrona – Selbstverteidigung; Narodowego Odrodzenia Polski – Nationale Wiedergeburt Polens; Wyborców »Mniejszość Niemiecka« – Wähler »Deutsche Minderheit«; Lewica i Demokraci (SLD + SDPL + PD + UP) – Linke und Demokraten; KW – Komitet Wyborczy – Wahlkomitee; KKW – Koalicyjny Komitet Wyborczy – Koalitionswahlkomitee

Chronik
Vom 15. Januar bis zum 04. Februar 2008

15.01.2008	Verteidigungsminister Bogdan Klich teilt auf einer Pressekonferenz nach seinem Treffen mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Robert Gates in Washington mit, die Bereitschaft der amerikanischen Regierung, im Zusammenhang mit dem geplanten amerikanischen Raketenabwehrschild in Polen und Tschechien über US-Hilfe bei der Modernisierung der polnischen Armee sowie über ein bilaterales militärisches Sicherheitsabkommen zu sprechen, sei wesentlich gestiegen. Der Sprecher des Pentagon, Geoff Morrell, weist darauf hin, dass die Regierung Bush bereits 750 Mio. Dollar für militärische Hilfe an Polen ausgegeben habe und Polen damit der größte Empfänger amerikanischer Hilfe in Europa sei. Daher gehe die amerikanische Seite von einer schnellen Einigung im Falle des Raketenabwehrschildes aus. Hintergrund sind Äußerungen von Ministerpräsident Donald Tusk und Außenminister Radosław Sikorski vor Klichs Besuch in den USA, Polen werde sich mit einer Entscheidung nicht beeilen, was mit dem bevorstehenden Wahltermin im November in den USA und einem möglichen Regierungswechsel in Verbindung gebracht wird.
17.01.2008	US-Staatssekretär Daniel Fried teilt auf einer Pressekonferenz in Warschau mit, dass die USA eine Intensivierung der Verhandlungen über die Errichtung eines amerikanischen Raketenabwehrschildes in Polen erwarteten. Er äußert Verständnis dafür, dass die polnische Regierung dies mit Sicherheitsforderungen verknüpft.
18.01.2008	Während der Internationalen Grünen Woche in Berlin unterzeichnen der polnische Landwirtschaftsminister Marek Sawicki und sein russischer Kollege Alexej Gordejew ein Abkommen über die teilweise Aufhebung des russischen Embargos für polnische Obst- und Gemüseprodukte, das Russland im November 2005 eingeführt hatte. Noch ungelöst bleibt das Problem des zulässigen Pestizidmengen in Obst- und Gemüseprodukten, die aus der EU nach Russland importiert werden, wovon auch polnische Produkte betroffen sind. Dies werde zwischen beiden Seiten verhandelt, so die Gesundheitsbeauftragte der Europäischen Kommission, Nina Papadulaki.
18.01.2008	In Bratislava sprechen Ministerpräsident Donald Tusk und der slowakische Regierungschef Robert Fico über den geplanten amerikanischen Raketenabwehrschild in Polen und Tschechien. Sein Anliegen sei es, so Tusk, über den Stand der polnisch-amerikanischen Verhandlungen zu informieren, um eine Atmosphäre des Vertrauens zu schaffen. Fico kritisiert die Errichtung des Abwehrsystems u.a. deshalb, weil es nicht ausreichend mit der Europäischen Union, der NATO und Russland abgestimmt worden sei. Darüber hinaus sei dessen Installation zu nah an der slowakischen Grenze vorgesehen.
19.01.2008	Verteidigungsminister Bogdan Klich kommentiert die Worte des Chefs des russischen Generalstabs, Juri Balujewski, Russland werde auch Atomwaffen einsetzen, wenn es seine Souveränität bedroht sehe, dahin gehend, dass sich die Regierung Tusk – anders als die Vorgängerregierung – vor Russland nicht fürchte, was in der Wiederaufnahme des Dialogs mit Russland zum Ausdruck komme. Es handele sich bei Balujewskis Aussage um Kriegsrhetorik, die dem Präsidentschaftswahlkampf in Russland geschuldet sei. Da Russland über Atomwaffen verfüge, könne sich eine Bedrohung jedoch für Polen tatsächlich erhöhen, sollte das amerikanische Raketenabwehrsystem installiert werden. Daher seien Gespräche mit den Amerikanern über zusätzliche Verteidigungssysteme begründet.
21.01.2008	Während seines Aufenthalts in Moskau trifft sich Außenminister Radosław Sikorski mit dem russischen Außenminister Sergej Lawrow, dem EU-Beauftragten des Kreml, Sergej Jastrzembski, und dem ehemaligen Ministerpräsidenten und Kandidaten für die Präsidentschaftswahl, Michail Kasjanow. Lawrow unterstreicht, dass Russland Polen das Recht zuerkenne, den amerikanischen Raketenabwehrschild auf seinem Territorium zu bauen. Sikorski betont den Willen zum Dialog mit dem Nachbarn. Darüber hinaus teilt er mit, dass er trotz der Aufhebung des russischen Fleischimportverbots aus Polen die Aufhebung des polnischen Vetos gegen Vertragsverhandlungen zwischen der EU und Moskau nicht versprechen könne. Dies müsse zunächst im Kreis der EU-Länder abgestimmt werden. Er gehe aber davon aus, dass die Verhandlungen noch im ersten Halbjahr 2008 begännen.
22.01.2008	Ministerpräsident Donald Tusk stellt Jacek Cichocki, bis Herbst 2007 Leiter des Zentrums für Oststudien (Ośrodek Studiów Wschodnich – OSW), als Staatssekretär für die Sicherheitsdienste vor. Paweł Graś, der bisher den Posten des Staatssekretärs innehatte, war aus persönlichen und gesundheitlichen Gründen zurückgetreten. Tusk teilt mit, dass unter Mitarbeit von Cichocki die Beaufsichtigung der Sicherheitsdienste weiterhin bei ihm selbst liege. Cichocki ist außerdem Sekretär des Kollegiums der Sicherheitsdienste.
23.01.2008	Staatspräsident Lech Kaczyński spricht sich bei einem Treffen mit dem kroatischen Präsidenten Stipe Mesić für einen Beitritt Kroatiens in die Europäische Union aus. Polen unterstütze daher den nächstmöglichen Beitrittstermin 2009. Aufgrund eines Militärflugzeugunglücks in Polen bricht Lech Kaczyński seinen Besuch in Kroatien früher als geplant ab.
23.01.2008	Bei dem Absturz eines Militärflugzeugs in Mirosławiec (Westpommern) kommen alle 16 Passagiere und vier Besatzungsmitglieder ums Leben. Staatspräsident Lech Kaczyński ordnet Staatstrauer an.

25.01.2008	Polnische Europaabgeordnete der Union für ein Europa der Nationen (Unia na rzecz Europy Narodów) treffen sich mit dem Fraktions- und dem Parteivorstand von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS). Der Fraktionsvorsitzende von PiS, Przemysław Gosiewski, kündigt die Zusammenarbeit im Bereich der Kohäsionspolitik, der gemeinsamen Landwirtschaftspolitik und einer Vereinheitlichung der Steuern an. Ihre Aufgabe sei es, die polnischen Interessen im Falle weiterer Zugeständnisse der Regierung von Donald Tusk zu verteidigen.
26.01.2008	In Warschau tagt der Vorstand der Koalitionspartei Polnische Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL). Thematisiert wird u.a. eine notwendige Überarbeitung der EU-Landwirtschaftspolitik in finanzieller Hinsicht (Angleichung von Zufinanzierungen bei alten und neuen EU-Mitgliedsländern, Rekompensationen für umweltfreundliche Landwirtschaft u.a.). Der Vorsitzende der PSL, stellvertretende Ministerpräsident und Wirtschaftsminister Waldemar Pawlak unterstreicht, dass sich die PSL für ein größeres Engagement hinsichtlich Technologien für erneuerbare Energien einsetzen werde. Da das Hauptaugenmerk bisher auf der Gasdiversifikation gelegen habe, seien diese Energiequellen in Vergessenheit geraten.
27.01.2008	In Anwesenheit von Staatspräsident Lech Kaczyński wird im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau der 63. Jahrestag der Befreiung des Lagers begangen. Zum Internationalen Holocaust-Gedenktag sind auch Parlamentarier aus anderen EU-Ländern sowie Israel nach Auschwitz gekommen.
28.01.2008	Ministerpräsident Donald Tusk spricht im ostpolnischen Biała Podlaska mit den Leitern der Zollbehörden, deren Angestellte seit einigen Tagen streiken. Er halte den Vorschlag einer rückwirkenden Gehaltserhöhung ab dem 1. Januar sowie bezahlter Überstunden aufrecht und sichere ein rasches Gesetzesprojekt zur Reform des Beschäftigungsverhältnisses zu.
29.01.2008	Außenminister Radosław Sikorski trifft sich in Kiew mit dem ukrainischen Außenminister Wolodymyr Ohrysko und Staatspräsident Viktor Juschtschenko. Vereinbart wird ein Abkommen über einen »kleinen Grenzverkehr«, der einen visafreien Grenzübergang für Bewohner, die bis 50 km von der Grenze entfernt wohnen, gewährleistet. Seit dem Beitritt Polens zur Schengen-Zone am 21. Dezember 2007 ist das Visum für Ukrainer, die nach Polen einreisen, kostenpflichtig und das Verfahren aufwändiger. Dies betrifft vor allem Einwohner der Grenzgebiete, die als Kleinhändler nach Polen pendeln.
30.01.2008	Auf dem Neujahrsempfang für die in Polen akkreditierten Diplomaten stellt Ministerpräsident Donald Tusk die polnische Außenpolitik vor. Polen unterstütze eine integrierte, solidarische, für neue Mitglieder offene Europäische Union, die kraft ihrer Institutionen ein politisch einheitlicher Organismus werden solle. Wichtig sei Solidarität in Fragen der Energie- und Landwirtschaftspolitik. Darüber hinaus sprach sich Tusk für erfolgreiche Verhandlungen der EU mit Kroatien und der Türkei sowie für eine europäische Perspektive für Bosnien, Serbien und das Kosovo aus. Russland solle für Polen ein wichtigerer Partner als bisher in wirtschaftlicher, aber auch politischer und sicherheitspolitischer Hinsicht werden. Die Beziehungen Polens zu den USA hätten Schlüsselbedeutung, neben einer Interessengemeinschaft begründeten sie auch eine Wertegemeinschaft.
31.01.2008	Nach einem Gespräch mit dem US-amerikanischen Vizepräsidenten Dick Cheney in Washington plädiert Außenminister Radosław Sikorski gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters dafür, die Verteidigungsinfrastruktur der NATO gleichberechtigter über die Mitgliedsländer zu verteilen. Polen sei seit 1999 Mitglied und verfüge nur über ein Konferenzzentrum der NATO. Das amerikanische Raketenabwehrsystem in Polen, über das derzeit verhandelt werde, sei für eine abgelegene Region in Polen vorgesehen und wäre im Vergleich zu den NATO-Basen in Großbritannien, Deutschland, Italien und der Türkei sehr klein.
01.02.2008	Auf einer Pressekonferenz in Washington teilen Außenminister Radosław Sikorski und Außenministerin Condoleeza Rice mit, es sei eine Einigung über die Bedingungen zur Installation des amerikanischen Raketenabwehrsystems in Polen erzielt worden. Die endgültigen Vereinbarungen würden von Ministerpräsident Donald Tusk und Präsident George W. Bush im März in Washington getroffen.
03.02.2008	Der ständige Vertreter Russlands bei der NATO, Domitri Rogosin, sagt zur Installation des amerikanischen Raketenabwehrschildes, die Außenminister Radosław Sikorski und Außenministerin Condoleeza Rice in Washington signalisiert hatten, Russland habe den Worten des Ministerpräsidenten Donald Tusk vertraut, dass die Frage des amerikanischen Raketenabwehrsystems im Dialog mit Washington, Brüssel und Moskau entschieden werde. Nun habe sich gezeigt, dass der Dialog mit Moskau abgebrochen worden sei, bevor er angefangen habe. Es habe immer zu einer Tragödie geführt, wenn Polen einen Konfrontationskurs eingeschlagen habe.
04.02.2007	Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses der Duma, Konstantin Kossatschow, kommentiert die angekündigte Entscheidung Polens für die Installation des amerikanischen Raketenabwehrschildes dahin gehend, dass dieses ein Kontroll- oder sogar Zielobjekt der russischen Streitkräfte werde. Der stellvertretende russische Außenminister, Sergej Kisljak, teilt mit, Russland betrachte als Grund für die Installation den Wunsch, russische Verteidigungsobjekte zu beobachten.
04.02.2007	Stefan Meller, Historiker, 1996–2001 polnischer Botschafter in Frankreich, 2002–2005 in Russland und 2005–2006 Außenminister in der Regierung Kazimierz Marcinkiewicz, stirbt im Alter von 65 Jahren in Warschau.

Über die Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die Herausgeber danken der BSH Bosch und Siemens Hausgeräte GmbH München und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für ihre Unterstützung sowie der Marga und Kurt Möllgaard-Stiftung im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für die Anschubfinanzierung.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.polen-analysen.de

Für ein kostenloses Abonnement senden Sie eine E-Mail mit dem Stichwort PolenAnalysen in der Betreffzeile an polen-analysen@dpi-da.de

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. Seit 1987 ist die Trägerschaft auf die Kultusministerkonferenz der Länder ausgedehnt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 50.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen mit einer einzigartigen Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen unter der Leitung von Prof. Dr. Eichwede kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Neben ausführlicher individueller Forschung zu Dissens und Gesellschaft im Sozialismus, leitet die Forschungsstelle seit Januar 2007 ein gemeinsames Projekt mit einem Verbund von internationalen Forschungsinstituten zum Thema »Das andere Osteuropa – die 1960er bis 1980er Jahre, Dissens in Politik und Gesellschaft, Alternativen in der Kultur. Beiträge zu einer vergleichenden Zeitgeschichte«, welches von der VolkswagenStiftung finanziert wird.

Im Bereich der post-sozialistischen Gesellschaften sind in den letzten Jahren umfangreiche Forschungsprojekte durchgeführt worden, deren Schwerpunkte auf politischen Entscheidungsprozessen, Wirtschaftskultur und der EU-Osterweiterung lagen. Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste mit fast 15.000 Abonnenten in Politik, Wirtschaft und den Medien.

Mit ihrer in Deutschland einzigartigen Sammlung von Publikationen zu Osteuropa ist die Forschungsstelle eine Anlaufstelle sowohl für Wissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit. In der Bibliothek sind derzeit neben anderen breit angelegten Beständen allein aus Polen ca. 300 laufende Periodika zugänglich. Die Bestände werden in Datenbanken systematisch erfasst.

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (Darmstadt), Dr. Stefan Garsztecki (Bremen), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1863-9712 © 2008 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.polen-analysen.de